

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD**Der Hauptschule eine neue Perspektive geben**

Alle Schularten brauchen eine starke inhaltliche Profilbildung. Das Bremische Schulgesetz von 1994 schreibt dies explizit vor. In der Vergangenheit war aber die Hauptschule allzu oft gegenüber anderen Schularten vernachlässigt worden. Vorstöße, die Hauptschule als eigenständige Schulart abzuschaffen, erscheinen vor diesem Hintergrund als vordergründig verständlich. Im Interesse der Schülerinnen und Schüler aber muss der Erhalt, die konsequente Weiterentwicklung und die Aufwertung der Hauptschule Ziel bremischer Bildungspolitik sein.

Wir fragen daher den Senat,

1. Wie beurteilt der Senat die derzeitige Aktualität der Lehrpläne und deren Zukunftsfähigkeit für Hauptschulen in Bremen, und wie will der Senat in Zukunft sicherstellen, dass Hauptschülerinnen und -schüler ihren Begabungen entsprechend eine Ausbildung erhalten?
2. Wie will der Senat sicherstellen, dass die Grundfertigkeiten, insbesondere in den Fächern Deutsch, Englisch und Mathematik, ausreichend unterrichtet werden? Wie beurteilt der Senat regelmäßiges Üben und Kontrollieren solcher Grundfertigkeiten? Welche Vorstellungen hat der Senat zur Sicherung der Vermittlung von Schlüsselqualifikationen?
3. Von welchen konkreten spezifischen Profilbildungen an welchen Hauptschulstandorten hat der Senat Kenntnis, und welche Entwicklungen für die Zukunft sind beabsichtigt?
4. Will der Senat eine mehr handlungspraktische und berufsorientierende Ausrichtung der Hauptschule erreichen, wie werden Inhalte ökonomischer Bildung und berufsorientierender Bildung in zu überarbeitende Curricula integriert, und wie wird sichergestellt, dass ökonomische und berufsorientierende Bezüge Eingang in die Lehrpläne aller Fächer finden, in denen dies möglich ist? Wie wird der Senat die politische Bildung sicherstellen?
5. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, das Modell der Rotterdamer Hauptschule „Olympus College“ auch in Bremen umzusetzen, an dem Schülerinnen und Schüler eine vertragliche Vereinbarung mit dem künftigen Arbeitgeber abschließen, die ihnen bei Einhaltung der Schulordnung und Regeln eine Lehrstelle oder einen Arbeitsplatz garantiert?
6. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, durch Kooperation mit Firmen, durch Betriebspraktika und Vorbereitungskurse Hauptschülerinnen und -schülern eine Perspektive zu geben? Welche Formen solcher Kooperationen gibt es in Bremen? Wie will der Senat den Einsatz von Praktikern im Unterricht gewährleisten?
7. Welche Maßnahmen will der Senat ergreifen, um Schulen gegenüber anderen Lernarten zu öffnen, um den Praxisbezug des Unterrichts weiter zu erhöhen, und welche Kontakte — z. B. zu Unternehmen und Ausbildungsbetrieben — müssen dazu zusätzlich nach Auffassung des Senats hergestellt werden?
8. An welchen Standorten werden im Schuljahr 2000/2001 wie viele Hauptschülerinnen und -schüler beschult, wie war die Entwicklung in den vergangenen zehn Jahren in den einzelnen Regionen, und welche Perspektive sieht der Senat in den kommenden fünf Jahren für diese Hauptschulstandorte?

9. Wie viele ausgebildete Hauptschullehrerinnen und -lehrer unterrichten derzeit an bremischen Schulen? Wie viele an Hauptschulen abgeordnete Lehrerinnen und Lehrer, die keine spezielle Ausbildung haben, unterrichten darüber hinaus an den Hauptschulen?
10. Wie hoch ist die Zahl der Schulverweigerer und Schulabbrecher an bremischen Hauptschulen über die letzten zehn Jahre? Wie bewertet der Senat diese Zahlen, und welche konkreten Maßnahmen hat der Senat dagegen bisher ergriffen, und welche weiteren Maßnahmen sind geplant?
11. Wie setzt sich die Zahl der Hauptschülerinnen und Hauptschüler aus Deutschen und Ausländern zusammen? Kann der Senat beurteilen, inwieweit insbesondere Schülerinnen und Schüler aus sozial schwachen Familien die Hauptschule absolvieren?

Rohmeyer, Bürger, Eckhoff und Fraktion der CDU

Ulrike Hövelmann,
Töpfer, Böhrnsen und Fraktion der SPD